Beschluss des Landrats vom 07.05.2026

Nr. 1746

39. Bezug von Ergänzungsleistungen anhand Steuerdaten
2025/280; Protokoll: gs

Der Regierungsrat lehnt die Motion ab, sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Sandra Strüby-Schaub (SP) dankt für die ausführliche Beantwortung der Motion. Ausschlaggebend für den Vorstoss war ein Bericht von Pro Senectute, der im Vorstoss erwähnt ist. Auch wurde die Rednerin von Menschen aus ihrem Umfeld auf die Problematik des Nichtbezugs durch Nichtwissen einer Berechtigung aufmerksam gemacht. Auch bei der Arbeit auf der Gemeindeverwaltung erfährt die Rednerin immer wieder, dass die administrativen Hürden für viele ältere Einwohnerinnen und Einwohner sehr hoch, wenn nicht zu hoch sind – und dass sie abschreckend wirken. Eine automatisierte Benachrichtigung durch die Steuerverwaltung für einen allfälligen EL-Anspruch analog zur Benachrichtigung für eine Krankenkassenprämienverbilligung ist effektiv anspruchsvoll. Die Beratungsstellen der APG-Regionen sollten aber besser respektive offensiver auf ihre Beratungsangebote aufmerksam machen. Die Thematik ist für die Rednerin respektive die SP-Fraktion nicht zufriedenstellend erledigt. Da aber eine Umwandlung in ein Postulat nichts bringt respektive mit der Stellungnahme schon geprüft und berichtet wurde, werden die Rednerin respektive die Fraktion das Verfassen eines neuen Vorstosses im Bereich der sozialen Ausgleichszahlungen ins Auge fassen. Die Rednerin zieht die Motion zurück.

://: Die Motion ist zurückgezogen.